

Schuttschirm – alle Fakten  
 auf einen Blick



# 11011

## Der Kommunalbrief

Viertes Quartal 2022 | Q4

## Warum ein Schuttschirm für Stadtwerke?

**Lieferstopp und Anschläge, volatile Energiemärkte, Preissprünge und Preisbremsen: Der Wirtschaftskrieg mit seinen Folgen für alle hat sich zugespitzt.** Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft sollen entlastet und unterstützt werden. Diese Linie unterstützen wir und werben zusätzlich für einen Schuttschirm für Stadtwerke.

Warum? Stadtwerke sind aktuell mit drei Risiken konfrontiert: steigendem Liquiditätsbedarf, höheren Anforderungen an Sicherheitsleistungen und drohenden Zahlungsausfälle. Schon heute sind die Folgen spürbar: Der Energiehandel kommt zum Erliegen, es gibt kaum noch Angebote für Lieferverträge. Deshalb ist Handlungsbedarf dringend gegeben.

**Seit Generationen ist Daseinsvorsorge einer unserer härtesten Standortfaktoren, auf den die Wirtschaft bauen kann.** Und zugleich ist sie – ob direkt via Querverbund oder indirekt via kommunalem Haushalt – Garant für Lebensqualität und Zusammenhalt: mit Kitas, Schulen, Hallen- und Freibäder und dem ÖPNV. Dieses System ist nun unter Druck. Bei begrenzter Liquidität und fehlenden Angeboten müssen Stadtwerke Prioritäten setzen, konzentrieren sich auf ihr Kerngeschäft. Gesetzliche Versorgungspflichten werden eingehalten und haben insofern Vorrang. Allerdings können Industrie, Gewerbe und Handel das Nachsehen bei neuen Lieferverträgen haben.

Dem kann der Bund vorbeugen, indem er einen Schuttschirm für Stadtwerke aufspannt und die Risiken minimiert. Der Schuttschirm muss aus drei Teilen bestehen: Liquiditätshilfen, um Engpässe zu verhindern, Bürgerschaftsrahmen, um die gestiegenen Sicherheitsleistungen zu bedienen und für den Fall steigender Zahlungsausfälle Kompensationen für diese Kriegsfolgen.

### Schwerpunkte dieser Ausgabe



*In dieser Ausgabe erklären wir die Risiken, mit denen Stadtwerke an den Märkten konfrontiert sind, und zeigen Lösungen: wie Politik mit einem Schuttschirm vorsorgen kann, welche Bestandteile ein Schuttschirm bräuchte und was für Entlastungen sorgen könnte, wie die Senkung der Stromsteuer.*

*Einleitung ..... 2*

*Liquiditätsengpässe ..... 3*

*Sicherheitsleistungen ..... 4–5*

*Zahlungsausfälle..... 6–7*

*Ausblick auf Entlastungen..... 8*





## Warum unser Land jetzt einen **Stadtwerke-Schutzschirm** braucht

**Drei Gründe sprechen für einen Schutzschirm** Erste akute Liquiditätsengpässe, gestiegene Anforderungen an Besicherungsleistungen im Terminhandel und drohende Zahlungsausfälle der Kunden. Besonders drängend: Der außerbörsliche OTC-Handel, wichtigster Handelsplatz der kommunalen Energiewirtschaft, droht auszutrocknen. Hier gibt es im Gegensatz zur Börse bislang keine staatlichen Hilfen. Erste Folgen spüren wir: Etliche Unternehmen aus Industrie, Gewerbe und Handel, aber ebenso soziale und kommunale Einrichtungen bekommen keine Anschlusslieferverträge für Gas und Strom. Dies droht zu einer Krise für Industrie und Mittelstand zu werden – und damit für das ganze Land.

**Noch eine Folge, die droht:** Wer all seine Liquidität für das Kerngeschäft der Versorgung braucht, hält sich mit Investitionen in Wärmewende oder Erneuerbare zurück. Stadtwerken fehlt die Luft für Investitionen.

**Ohne Schutzschirm lassen Bund und Länder die Kommunen mit den Folgen dieses Wirtschaftskriegs allein. Die Spaltung in arme und reiche Regionen droht sich zu vertiefen:** Denn klamme Kommunen können ihr Stadtwerk in einer solch extremen Ausnahmesituation nicht alleine retten. Ihnen droht zudem der Verlust ihrer zentralen Finanzierungssäule der Daseinsvorsorge mit gravierenden Folgen: auch Angebote wie ÖPNV und Bäder könnten zur Diskussion stehen.

**Deswegen werben wir für einen Schutzschirm. Alle Details und Fakten finden Sie auf den nächsten Seiten auf einen Blick.**



Eine Tatsache: In der Summe sind die mehr als

# 800 Stadtwerke

systemrelevant für unsere Energieversorgung und für unser ganzes Land.

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



## Erstes Risiko: Liquiditätsengpässe

**Die Lage: Steigende Preise und Zwischenfinanzierungsaufwand erhöhen den Liquiditäts-Bedarf, erzeugen dramatische wirtschaftliche Risiken und limitieren die Kundenversorgung.**

Stadtwerke müssen aktuell Gas zum Zehnfachen des Preises im Vergleich zum Vorkrisenniveau oder noch teurer einkaufen. Das ist auch für kerngesunde Stadtwerke eine Herausforderung. Denn der Zwischenfinanzierungsaufwand steigt mit – also die Summe, mit der sie die Zeit vom Einkauf bis zum Weiterverkauf an ihre Kunden und bis zur Erhöhung der über das Jahr gleichmäßigen Abschläge überbrücken. Beides erfordert deutlich mehr Liquidität. Normalerweise stellen Banken diese per Kredit zur Verfügung. Doch in der Krise stoßen immer mehr Stadtwerke an Grenzen. Nicht alle Kommunen werden in der Lage sein, Bürgschaften für ihre Stadtwerke zu leisten.

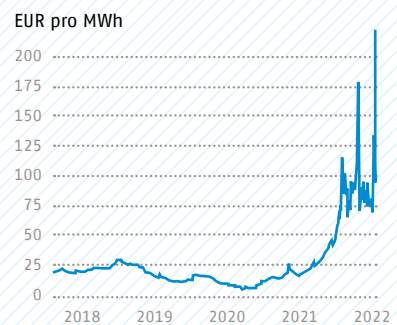
**Die Folge: Liquiditätsengpässe beeinträchtigen die Möglichkeit, Kundenanfragen nach Strom und Gas zu bedienen.**

Denn Vor- und Zwischenfinanzierungslast steigen mit den Preisen. Die Folge: Immer mehr Stadtwerke konzentrieren sich auf die Versorgung ihrer Bestandskunden. Sie schränken das Neukundengeschäft ein und auch Anschlussverträge, insbesondere für die Wirtschaft, stehen in Frage.

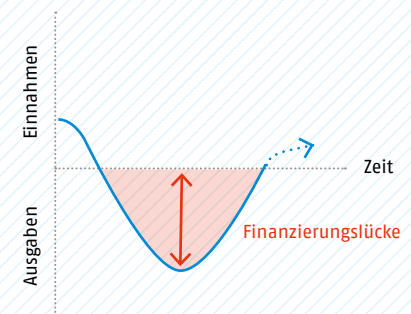
**Die Lösung: Der Schutzschirm mit Liquiditätshilfen.**

Mit Krediten der Landesförderinstitute oder der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) unter weitgehender Haftungsfreistellung der durchleitenden Bank, könnten Bund und Länder die Stadtwerke absichern – ohne dass dies zu Ausfällen und echtem Zuschussbedarf des Staates führt. Denn Stadtwerke sind im Regelfall kerngesunde Unternehmen. Könnten Stadtwerke auf diese Weise gesichert auf eine staatliche Refinanzierung zugreifen, würde dies das Vertrauen der Kreditinstitute fördern und die Volatilität der Preisentwicklung würde abgedefert. Der Energiehandel und die Versorgung der privaten, gewerblichen und kommunalen Endverbraucher würden so stabilisiert.

**Steigen die Preise an den Märkten, steigt auch der Zwischenfinanzierungsaufwand bei den Stadtwerken.**



**Der Liquiditätsbedarf steigt also, weil die Summe, mit der sie die Zeit zwischen dem Einkauf und dem Weiterverkauf durch höhere Abschläge überbrücken, steigt.**



© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



Direkt zu  
[OTC-Handel trocken.net](https://www.otc-handel.trocken.net)



## Zweites Risiko: Geforderte Sicherheitsleistungen steigen

### Die Lage: Importeure und Großhändler fordern immer mehr Sicherheiten.

Stadtwerke fahren als Grundversorger meist konservative, auf Sicherheit bedachte Beschaffungsstrategien. Sie kaufen ihre Energie in der Regel langfristig auf Termin ein: in Tranchen, drei bis fünf Jahre im Voraus und nur einen kleinen Teil am Spotmarkt. So konnten sie den jüngsten Preisanstieg für ihre Kunden bremsen oder zum Beispiel 2021 die Kunden der gescheiterten Billiganbieter auffangen.

Nun ändert der Wirtschaftskrieg die Rahmenbedingungen im Handel: Bislang musste man an der Börse geldwerte Sicherheiten (sog. Margining) – quasi eine Kautions – hinterlegen. Ihr Umfang stieg seit Ende vergangenen Jahres aufgrund der Zunahme und Volatilität der Preise stetig. Mit der akuten Krise steigt der Besicherungsdruck aber auch im außerbörslichen OTC-Handel: Importeure und Großhändler fordern zunehmend mehr Sicherheiten.

Für das Margining an der Börse müssen bei zehnfachen Import- und Großhandelspreisen auch zehnfach höhere Beträge an Sicherheitsleistungen hinterlegt werden – und zwar in Cash. Bürgschaften werden nicht akzeptiert. Auf den Wohnungsmarkt übertragen, hieße das: Mieter müssten die Kautions nicht nur beim Einzug hinterlegen, sondern bei steigenden Immobilienpreisen permanent nachschießen.

Zeitweise sind so an der Börse dreistellige Milliardenbeträge gebunden. Das betraf bislang nur wenige Stadtwerke, weil sie seltener an der Börse, sondern eher im OTC-Handel aktiv sind. Doch mit erhöhten Sicherungsanforderungen im OTC-Handel kommen auch sie unter Druck.

Für das Margining an der Börse müssen bei zehnfachen Import- und Großhandelspreisen auch zehnfach höhere Beträge an Sicherheitsleistungen hinterlegt werden – und zwar in Cash.

# 10fach



Das bindet Liquidität, die die Stadtwerke für den Energieeinkauf und für Investitionen brauchen.

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



## Die Folge: Die Sicherheitsleistungen binden Kapital in gewaltiger Größenordnung, das den Stadtwerken für ihre Handelsaktivitäten fehlt.

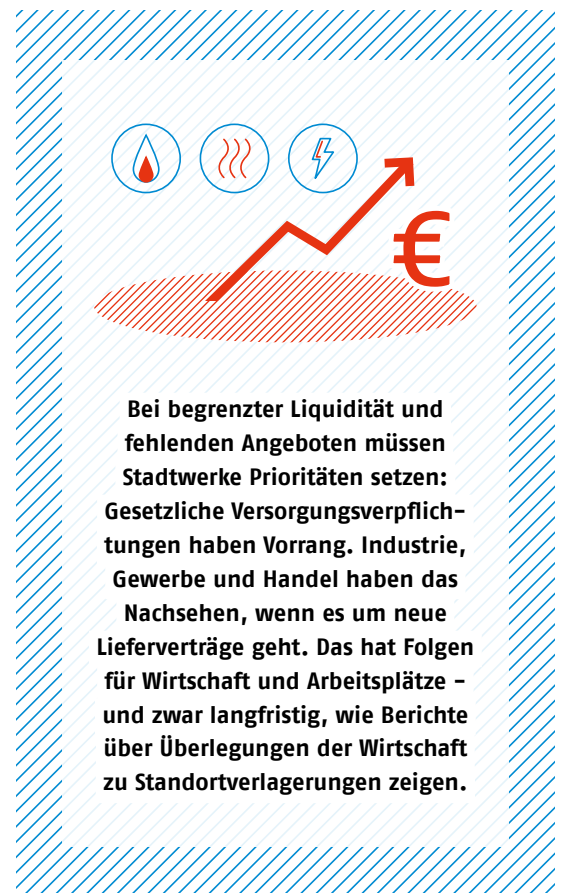
Dies zeigt sich z.B. in deutlich erhöhten Verschuldungsgraden der Versorger, die die Finanzierung der notwendigen Investitionen in die Energiewende erheblich erschweren und somit die Transformation der Energiesystem bremsen dürften.

Während der Staat über das sog. 100 Mrd. EUR-Margining-Programm dem Börsenhandel mit wenigen großen Versorgern hilft, bleibt der außerbörsliche OTC-Markt außen vor. Damit aber droht der wichtigste Handelsplatz der Energiewirtschaft auszutrocknen. Stadtwerke bekommen hier immer weniger Angebote.

Bei begrenzter Liquidität und fehlenden Angeboten müssen sie Prioritäten setzen: Gesetzliche Versorgungsverpflichtungen haben Vorrang. Industrie, Gewerbe und Handel haben das Nachsehen, wenn es um neue Lieferverträge geht. Das hat Folgen für Wirtschaft und Arbeitsplätze – und zwar langfristig, wie Berichte über Überlegungen der Wirtschaft zu Standortverlagerungen zeigen.

## Die Lösung: Ein Schutzschirm braucht einen Garantierahmen mit Bürgschaften. Dafür müssen die Regeln an der Börse ergänzt werden.

Statt Cash-Sicherheitsleistungen sollten auch Bürgschaften oder staatliche Garantien akzeptiert werden – von der Eigentümerkommune, dem Land oder dem Bund. **Um andererseits das geforderte Sicherheitsniveau auch im OTC-Handel herzustellen, sollten die Ausfallrisiken nicht durch steigende, die Liquidität der Unternehmen überlastende Sicherheiten, sondern durch einen wirkungsgleichen staatlichen Garantierahmen abgedeckt werden.** Vorbild können die im Außenhandel seit vielen Jahrzehnten bewährten Hermesdeckungen sein. Die Gefahr eines echten Ausfalls ist dabei aufgrund der gesunden Unternehmensstruktur in der Kommunalwirtschaft gering. Der Handel und die Versorgung privater und gewerblich-industrieller Endkunden ist zwingend darauf angewiesen.



**Bei begrenzter Liquidität und fehlenden Angeboten müssen Stadtwerke Prioritäten setzen: Gesetzliche Versorgungsverpflichtungen haben Vorrang. Industrie, Gewerbe und Handel haben das Nachsehen, wenn es um neue Lieferverträge geht. Das hat Folgen für Wirtschaft und Arbeitsplätze – und zwar langfristig, wie Berichte über Überlegungen der Wirtschaft zu Standortverlagerungen zeigen.**

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

# 11011

Der Kommunalbrief

Q4 | 2022



## **Drittes Risiko:** Zahlungsausfälle, weil Kunden nicht mehr zahlen können

### Die Lage: Energie ist teurer geworden und wird noch teurer.

Dieses Jahr mussten fast alle kommunalen Versorger ihre Preise erhöhen – bei Gas im Schnitt um 50 Prozent für Haushaltskunden, beim Strom moderater. Allerdings: Für das kommende Jahr planen fast alle kommunalen Gas- und Stromversorger weitere Erhöhungen. Nicht, weil sie es wollen, sondern weil sie selbst Getriebene der Märkte sind. Da das früher sehr günstig angebotene Gas aus Russland wegfällt, muss auf dem Weltmarkt Gas teuer eingekauft werden. Das reduzierte Angebot bedeutet: Dem Preisanstieg können sich auch die Stadtwerke nicht entziehen. Nach einer VKU-Umfrage droht 2023 bei Gas eine Verdopplung bis Verdreifachung der Preise für Haushaltskunden im Vergleich zu 2020, für Gewerbekunden sogar deutlich mehr. Bei Strom ist eine Preissteigerung von 60 Prozent für Haushaltskunden zu erwarten, Gewerbekunden müssen mit einer Verdreifachung des Preises rechnen.

### Die Folge: Solche Preise können viele nicht mehr bezahlen

– und zwar weder Privathaushalte noch Gewerbe, Handel und Industrie. Deshalb ist wirksame Entlastung dringend notwendig. Strom- und Gaspreisbremse, Steuersenkungen, Erhöhungen von Wohngeld: manches ist bereits umgesetzt, manches noch in der Diskussion. Hier ist Eile geboten. Denn viele Stadtwerke erleben bereits heute die Verzweiflung vieler Menschen in den Kundencentern, die ihre Strom- und Gasrechnungen immer pünktlich bezahlt haben, aber jetzt an ihr finanzielles Limit geraten. Wenn immer mehr Menschen ihre Rechnung nicht bezahlen können, führt das zu Zahlungsausfällen und gefährdet die Handlungsfähigkeit der Unternehmen.

Bisher lagen Zahlungsausfälle meist unter 1%. Wenn sich die Zahl der Kunden, die nicht mehr bezahlen können, verzehnfacht, erhöht sich zugleich der Betrag pro Kunde, der ausfällt. Wenn sich dann z.B. der Betrag verdreifacht hat, steigt der Ausfallbetrag insgesamt auf das 30-fache.

## 100 Mio.



## 3 Mio.

So werden aus einem früheren Zahlungsausfallrisiko von 3 Mio. € fast 100 Mio. €. Das übersteigt das Jahresergebnis, geht ans Eigenkapital und führt zu Insolvenzgefahren.

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



# 11011

Der Kommunalbrief

Q4 | 2022

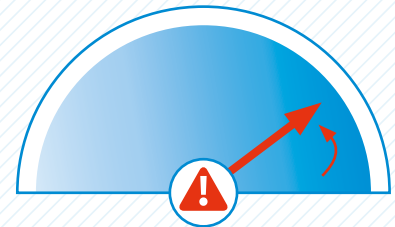
Bisher lagen die Quoten der Zahlungsausfälle bei unter 1 Prozent. Laut einer VKU-Umfrage rechnen die Stadtwerke im Mittel mit einem Anstieg der Zahlungsausfallquote auf 9 Prozent. Manche niedriger, manche auch höher, sogar bis 30 Prozent. Das hängt von der örtlichen Sozialstruktur ab und wird entscheidend von der Wirksamkeit der Entlastungsprogramme geprägt sein. Für die Stadtwerke können die Risiken bei einem längeren umsatzwirksamen Zahlungsausfall einen zweistelligen Milliardenbetrag annehmen.

Umso wichtiger ist deshalb die schnelle Umsetzung einer umfassenden Gas-, Fernwärme- und Strompreisbremse. Greifen sie ab Anfang des kommenden Jahres, wird das Risiko von Zahlungsausfällen begrenzt. Da aber auch die aktuellen Pläne den Kunden immer noch erhebliche Preissteigerungen zumuten müssen, ist das Risiko existenzbedrohlicher Zahlungsausfällen für die Stadtwerke mit den Preisbremsen nicht völlig gebannt.

## Die Lösung: Liquiditätshilfen nachrangig auch als Zuschüsse ausgestalten, Insolvenz-Moratorium

Die Politik muss nun schnell handeln, die Preisbremsen für Gas, Fernwärme und Strom müssen schnell kommen und unbürokratisch greifen. Die Energieversorger müssen pünktlich und unmittelbar die für die Kunden gedachten Mittel erhalten. Außerdem sollten Liquiditätshilfen nachrangig auch als Zuschüsse ausgestaltet werden für den Fall steigender Zahlungsausfälle. Das kann auch über gezielte Hilfen für zahlungsunfähige Kundinnen und Kunden erfolgen. Schließlich bedarf es eines Insolvenzmoratoriums wie bei Corona.

## Bremsen heißt nicht stoppen!



Für das kommende Jahr planen fast alle kommunalen Gas- und Stromversorger weitere Erhöhungen. Nicht, weil sie es wollen, sondern weil sie selbst Getriebene der Märkte sind. Die Politik muss nun schnell handeln, die Preisbremsen für Gas, Fernwärme und Strom müssen schnell kommen und unbürokratisch greifen. Die Energieversorger müssen pünktlich und unmittelbar die für die Kunden gedachten Mittel erhalten.

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Verband kommunaler Unternehmen e.V.

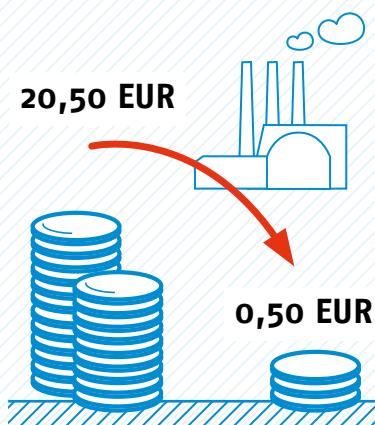
Invalidenstraße 91, 10115 Berlin  
Fon +49 30 58 58 0-0  
Fax +49 30 58 58 0-100  
info@vku.de

www.vku.de



## Ausblick auf Entlastungen

### Unsere Vorschläge im Überblick



## Stromsteuer runter!

Der Bund könnte sie von derzeit 20,50 Euro pro Megawattstunde auf das zulässige europäische Mindestmaß absenken: 50 Cent pro Megawattstunde für Gewerbekunden, 1 Euro für Haushaltskunden. Das würde vor allem auch Unternehmen helfen, die von der Mehrwertsteuer-senkung nichts haben.

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

#### 1. Schutzschirm für Stadtwerke spannen:

Dazu gehören Bürgschaften und Liquiditätshilfen sowie ggfs. Zuschüsse. Ein Insolvenzmoratorium wie in Corona-Zeiten würde das Paket komplettieren. Damit würden die Risiken deutlich minimiert und einer Krise vorgebeugt: Wenn ich weiß, dass es morgen regnen könnte, habe ich einen Regenschirm im Gepäck.

#### 2. Steuern runter – auch für Unternehmen:

Nach der Mehrwertsteuer auf Gas und Fernwärme sollte der Bund auch die Mehrwertsteuer auf Strom senken auf 7 oder sogar auf die europarechtlich möglichen 5 Prozent. Ein weiterer Hebel ist die Stromsteuer. Der Bund könnte sie von derzeit 20,50 Euro pro Megawattstunde auf das zulässige europäische Mindestmaß absenken: 50 Cent pro Megawattstunde für Gewerbekunden, 1 Euro für Haushaltskunden. Das würde vor allem auch Unternehmen helfen, die von der Mehrwertsteuersenkung nichts haben.

#### 3. Sozialpolitische Instrumente nutzen:

Die Wohngeldreform ist ein guter Anfang. Ziel sollte sein, die Belastungen von einkommensschwachen Haushalten und der Mittelschicht gezielt mit Instrumenten wie Wohngeld, Heizkostenhilfe und Einmalzahlungen abzufedern. Dauerhaft sollte sich der Bund unabhängig von bestehenden Sozialleistungen die Möglichkeit einer direkten Förderung von Haushalten schaffen.

#### 4. Strom- und Gaspreisbremse:

So einfach wie möglich, damit dies von den Stadtwerken schnell umgesetzt werden kann. Eine staatliche Subventionierung (Discount) je kWh wäre die einfachste Lösung. Die den Endverbrauchern zugedachten Mittel müssen rechtzeitig den Energieversorgern von staatlichen Stellen zugewiesen werden.